

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

August/
September 1979

Evangelische Verantwortung

Heft 8—9/1979

Christenverfolgung in Äthiopien: Wer protestiert?

Lieber Leser!

Hatte man beim Weltkirchenrat in Genf die Nachricht „übersehen“? Die Agenturen meldeten, Pastor Gudina Tumsa, Generalsekretär der lutherischen Mekane-Jesus-Kirche sei wieder einmal eingekerkert worden. Seitdem die Revolutionsjunta, der „Derg“ das Ancien Regime des Kaisers Haile Selassie abgelöst hatte, war es nicht das erste Mal, daß Pastor Tumsa Bekanntheit mit dem Gefängnis machen mußte. Er war auch nicht der einzige. Denn bald, nachdem sich die äthiopische Revolution von kurzen friedlichen Anfängen einer von Begeisterung getragenen Erneuerungsbewegung zum Terrorsystem gewandelt hatte, gerieten Führer der Kirchen in die Schußlinie.

Ein Bischof — Bischof Samuel —, der von der Kirche eingesetzte Verbindungsmann zum Derg, wurde offensichtlich ermordet. Patriarch Abuna Theophilos von der äthiopischen Kirche wurde seines Amtes enthoben. Pastor Gudina Tumsa machte bald Bekanntheit mit den Kerkern des neuen Regimes. Auf Intervention des Lutherischen Weltbundes und anderer kirchlicher Stellen konnte damals seine Freilassung erwirkt werden. Nun im Juli dieses Jahres seine neuerliche Verhaftung; diesmal begleitet von „Funkstille“ aus Genf. Für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU war dies Anlaß genug, die Öffentlichkeit zu alarmieren. In einem Telegramm an den Botschafter Äthiopiens in Bonn, Haile Dagne, gab der Arbeitskreis seiner „großen Bestürzung“ über die neuerliche Schikane gegen Pastor Tumsa Ausdruck und forderte seine unverzügliche Freilassung: wissend, daß Tumsas Schicksal exemplarisch für ungezählte Christen steht, wurde in dem Telegramm zugleich eine Einstellung der Verfolgung und Unterdrückung der Christen in Äthiopien verlangt. ÖRK-Generalsekretär Philip Potter erhielt von dem Schritt Kenntnis sowie die Aufforderung, sich dem Protest anzuschließen.

Während eine Antwort Potters an den Evangelischen Arbeitskreis bislang noch aussteht, beeilte sich die äthiopische Botschaft in Bonn, den Protest als unbegründet zurückzuweisen und ihr Antworttelex

an den EAK der Presse durchzuschreiben: entschieden, so hieß es da, seien solche „falschen Beschuldigungen“ zurückzuweisen, denn es gäbe „keine Verfolgung und Unterdrückung der Christen in Äthiopien“. Im Wortlaut des Botschaftstelegramms wird es dann pikant: Als Zeuge für die Behauptung, es gebe keine Verfolgung der Christen, wird nämlich neben der orthodoxen und katholischen Kirche in Äthiopien genau der Weltkirchenrat zitiert, der nach dem Willen des EAK der CDU/CSU gegen die Übergriffe protestieren sollte. Zu den Vorwürfen des EAK aber, so läßt die Botschaft in ihrem Telegramm wissen, habe der Weltkirchenrat bereits eindeutig Stellung genommen „und dementiert“.

In der Tat konnte sich die äthiopische Botschaft auf eine Meldung des Evangelischen Pressedienstes (epd) vom 5. März '79 berufen, in der der Weltkirchenrat mit der Aussage zitiert wird, es gebe in Äthiopien „keine systematische Christenverfolgung“. Diese epd-Meldung rief seinerzeit bei Beobachtern der äthiopischen Szene Verwunderung hervor. Widerspruch doch die in ihr wiedergegebene Auffassung nahezu sämtlichen vorliegenden Informationen. Bereits bald nach der Machtübernahme des Derg wurde deutlich, daß die künftige äthiopische Innenpolitik vor allem von zwei Bestrebungen geprägt sein würde: Aufrechterhaltung der staatlichen Einheit um jeden Preis sowie Durchsetzung des Marxismus als Staatsphilosophie. Zur Durchsetzung der neuen Ideologie wurden Kader von Politoffizieren aufgestellt, die in den Randprovinzen Äthiopiens begannen, ihre Richtlinien mit brutaler Gewalt zu verwirklichen. Christen wurden gefoltert, mit Gewalt vom Gottesdienstbesuch ferngehalten, Missionsstationen wurden beschlagnahmt, Kirchengebäude zu „Kulturhäusern“ umfunktionierte, Pastoren, Evangelisten und Lehrer verhaftet. Der große lutherische Rundfunksender „Stimme des Evangeliums“ in Addis Abeba wurde enteignet und funkt seither als „Stimme der Revolution“ leninistische Parolen. Im Mai 1977 hieß es in einem epd-Bericht: „An einem einzigen Tag meldete die Zeitung ‚Ethiopian Herald‘ die Erschießung von 798 Menschen. Aus Berichten gut informierter Kreise geht hervor,

daß sich die Aktionen immer häufiger gegen Kirchen richten, darunter auch gegen die lutherische Mekane-Jesus-Kirche, die mit der hannoverschen Landeskirche vertraglich verbunden ist.“ Unter den Feinden der Revolution, hieß es weiter, werde immer häufiger die „Religion“ genannt. Und ein Politoffizier in der Provinz Wollega wird mit der Aussage zitiert: „Hier wird sich die Revolution erst durchsetzen, wenn die Macht der Mekane-Jesus-Kirche gebrochen ist.“ Im September 1977 soll es dann zu einer gewissen Milderung des Kirchenkampfes gekommen sein. 1978 jedoch mehrten sich die Hinweise auf eine erneute Verschärfung. Berichte aus dem sonst so verschlossenen Land kamen Hilferufen gleich. Kirchenleitungen wurden gedrängt, nunmehr das Material über die wirkliche Lage nicht länger zurückzuhalten — etwa aus dem Grunde, das Regime des Oberstleutnants Mengistu Haile Mariam und des Derg nicht unnötig zu provozieren und Wandel eher durch Herunterspielen oder gar Verschweigen böser Vorgänge zu bewirken. Äthiopier selbst aber mahnten die Außenwelt, endlich zu sagen, was bei ihnen vorging: Christen wurden — wegen ihrer bloßen religiösen Bekenntnisse und ihrer kirchlichen Bindungen — verhaftet und verfolgt, und wenigstens ein Vorgang ist verbürgt, bei dem 40 Gläubige zum Tode verurteilt wurden, weil sie es ablehnten, dem Glauben abzuschwören. Vom 2. Dezembersonntag 1978 an wurden in Süd- und Zentraläthiopien Kirchen geplündert und geschlossen. Christen, die den Gottesdienst besuchen wollten, wurden eingekerkert. In der Shoa-Provinz wurden Christen gefoltert und in der Bale-Provinz registriert, mit der Aufforderung, ihrem Glauben abzuschwören. Provinzgouverneur Ali Mossa von Gemu Gofa wurde mit der Aussage zitiert, alle Christen müßten vernichtet werden, ehe die Revolution zum Sieg geführt werden könne. Kommentatoren zogen aus solchen Berichten den Schluß: „Es kann kein Zweifel mehr aufkommen: im ältesten christlichen Land Afrikas ist eine Christenverfolgung im vollen Gange.“

Ganz anders indessen die Stellungnahme aus Genf. Was war die Grundlage für die „Entwarnung“ seitens des ÖRK? Sechs Reisende des Weltkirchenrates hatten drei Wochen Äthiopien bereist und hielten dies für hinreichend, dem Regime ihre Absolution zu erteilen, was die Vorwürfe der Christenverfolgung und -diskriminierung anbetrifft. Zwar gebe es — Schönheitsfehler(?) — ständige Maßnahmen gegen einzel-

Helmut S. Ruppert ist Redakteur der Deutschen Welle Köln, und dort für kirchliche Sendungen mitverantwortlich. Er ist darüberhinaus ein hervorragender Kenner der kirchlichen Situation in Schwarzafrika.

Kurz notiert

Nordelbien: Verkündigung eines Pfarrers darf nicht parteigebunden sein

Kiel: „Wenn ein Pastor Mitglied einer politischen Partei ist, muß er darauf bedacht sein, daß seine

Verkündigung und sein Handeln weder parteigebunden sind, noch als parteigebunden mißverstanden werden können“, heißt es in Thesen der Leitung der Nordelbischen Kirche, die jetzt den Pastoren vorgelegt wurden. Unter der Überschrift „Über den Auftrag und die

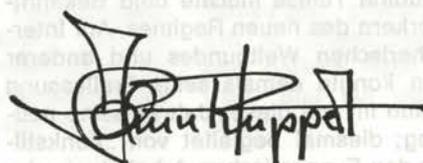
Grenzen des politischen Handelns der Pastoren“ fordert das Positionspapier, daß der Pastor sich „auch bei politischen Stellungnahmen und Aktionen bemühen müsse, allen Gliedern der Gemeinde in ihrer politischen Verschiedenheit gerecht zu werden“.

ne Christen, wie „Inhaftierung ohne Prozeß und Folter, sowie Übergriffe gegen Kirchen und Klöster“, aber „keine Massenexekutionen“. Es wäre sicher einmal interessant, zu erfahren, wo für den Weltkirchenrat die Schwelle der Diskriminierung bzw. Verfolgung liegt. Sind „Übergriffe“ kein Indiz für Verfolgung? Bedarf es der „Massenexekutionen“, um von Unterdrückung sprechen zu können? Woraus, so sollten die ÖRK-Funktionäre ferner einmal erläutern, haben sie die Behauptung abgeleitet, die äthiopische Regierung — so der Inhalt der genannten epd-Meldung vom 5. März — „nehme gegenüber den Kirchen keine feindliche Haltung ein“? Solches zitierte man in der Bonner Äthiopien-Botschaft natürlich gern. Bemerkenswert ist übrigens, daß weder in dem Botschaftstelegramm an den EAK noch in der epd-Meldung über die Reisedelegation des Weltkirchenrates von der Mekane-Jesus-Kirche die Rede ist, die für den Protest des Arbeitskreises ja gerade der Auslöser war und gegen die sich dem Anschein nach vor allem die Schikanen richten. Die Botschaft wird gute Gründe haben, diesen Punkt auszusparen — aber der Weltkirchenrat...?

Es bleibt nur zu hoffen, daß der Weltkirchenrat protestiert. Eine Massenexekution liegt nicht vor, aber ist die Verschleppung eines der führenden Theologen Afrikas nicht Anlaß genug, weltweit auf die Verletzung der Menschenrechte in Äthiopien hinzuweisen? Oder sollte der Vorwurf von ÖRK-Kritikern zutreffen, daß in Genf mit zweierlei Maß gemessen werde, wenn es um Links- und Rechtsdiktaturen geht? Wann etwa wäre — und das könnte für die Berechtigung der Kritik sprechen — die unleugbare Diskriminierung und Verfolgung von Christen in Mozambique oder Angola vom Weltkirchenrat auch nur annähernd so scharf gebrandmarkt worden wie die Apartheid in Südafrika, um zwei weitere afrikanische Beispiele zu zitieren. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat jedenfalls in all diesen Fällen Konsequenz bewiesen!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



(Helmut S. Ruppert)

Die Eröffnung der Arbeit des direkt gewählten Europäischen Parlaments

Wilhelm Hahn

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Prof. Dr. Wilhelm Hahn wurde im Juni '79 in das Europäische Parlament gewählt. Heute berichtet er für die Evangelische Verantwortung über seine ersten Eindrücke.

Die Eröffnung der Arbeit des Europäischen Parlaments im Juli 1979 in Straßburg nach der Direktwahl am 10. Juni 1979 war alles andere als ein formaler feierlicher Akt. Die Massenmedien, die sich auf den Festakt eingestellt hatten und deshalb nur zu Beginn anwesend waren, zu der Zeit aber, als es interessant wurde, durch Abwesenheit glänzten, haben der europäischen Öffentlichkeit einen falschen Eindruck vermittelt.

Die Eröffnungsrede der 86jährigen Alterspräsidentin Luise Weiss aus dem Elsaß war eine absolut untypische und originelle Leistung. Hier stellte eine Frau, in deren langem Leben durch eine Fülle persönlicher Begegnungen mit Kämpfern für Europa und durch persönliche Erfahrungen sich die Geschichte der europäischen Bewegung spiegelt, das Werden Europas dar, mit seinen Enttäuschungen und Hoffnungen, seinen erbärmlichen Schwächen, vor allem aber mit seinen großen Möglichkeiten. Dabei setzte sie immer wieder harte Akzente, etwa bei der Kritik der Uno, die zwar Menschenrechte proklamiert, in der aber nur etwa 30 Staaten diese gewähren und Menschenverachtende Diktatoren in Ehren empfangen werden. Die ganze „Mitte-Rechte“, bestehend aus christlichen Demokraten, Liberalen, Konservativen und Gaullisten, feierte die Alterspräsidentin nach Schluß der Rede durch Erheben von den Plätzen und anhaltendem Applaus, während Sozialisten und Kommunisten in Schweigen auf ihren Plätzen verharrten.

Damit ist die Grundspannung dieses Parlaments sichtbar geworden, die sich in der ganzen Woche wiederholte: Die Mitte-Rechtsgruppe – etwa 55% der Abgeordneten

umfassend – stand geschlossen und überlegt operierend zusammen, während die Sozialisten auf Linkskurs – innerlich gespalten – mit den Kommunisten das Gegenüber bildeten. Sowohl bei der Wahl der Präsidentin, wie bei der Anpassung der Geschäftsordnung, wie bei der Debatte über Vietnamflüchtlinge und schließlich bei der Auseinandersetzung mit den kommunistischen und anti-europäischen Splittergruppen, zeigte sich die Schwäche der Sozialisten und ihre Nachgiebigkeit nach links, so daß bereits in diesen Tagen immer wieder praktisch eine Volksfrontsituation gegeben war. So duldeten sie keine politische Kritik an Vietnam, verhinderten ein energisches Auftreten gegenüber dem Versuch der Splittergruppen, das Parlament lahm zu legen, und machten das Parlament in der Nachtsitzung am Donnerstag durch Auszug – gemeinsam mit den Kommunisten – beschlußunfähig. Schließlich hätte der Antrag der Sozialisten, das Präsidentenamt in einen im jährlichen Turnus aller Fraktionen wechselnden Speaker umzuwandeln, zum Abbau der Autorität und der Arbeitsfähigkeit des Parlaments geführt. Die von der Presse bemängelte Geschäftsordnungsdebatte über die Amtsdauer des künftigen Präsidenten, war also alles andere als eine kleinliche Auseinandersetzung über Formfragen.

Daß sich die EVP-Fraktion für die Wahl von Frau Veil einsetzte, war die Folge eines 2 1/2 Jahre zurückliegenden Vertrags mit den Liberalen. Diese hatten damals den Christdemokraten Colombo gewählt, auf die Zusage hin, daß das nächste Mal die Christlichen Demokraten den Kandidaten der Liberalen unterstützen würden. Wir hätten lieber Thorn gewählt – aus vielerlei Gründen. Auch zeigte sich Frau Veil bei den stürmischen folgenden Sitzungen als unerfahren. Sie gab zuviel nach und wird hoffentlich noch viel zulernen. Wir verloren unendlich viel Zeit durch die ständigen an Sabotage grenzenden Interventionen der linken Splitter-

gruppe. Aber das führte zu einem Zusammenrücken der Mitte-Rechtsgruppe, was sich in Zukunft positiv auswirken wird. Das neue Parlament ist ein politisches Parlament. Darin unterscheidet es sich von seinem Vorgänger. Die unterschiedlichen Meinungen werden mit Leidenschaft ausgetragen, das ist gut so, denn es macht dieses Parlament interessant. An solchen Debatten werden in Zukunft weder die Regierungen noch die Presse vorbeigehen können. Dieses selbstbewußte Parlament wird Autorität gewinnen und die Einigung Europas vorwärtstreiben.

Aus dem Inhalt

- Christenverfolgung in Äthiopien: Wer protestiert?** 1
Helmut S. Ruppert
- Die Eröffnung der Arbeit des direkt gewählten europäischen Parlaments** 3
Wilhelm Hahn
- Christen Südafrikas am Scheideweg** 4
Winrich Scheffbuch
- Lothar Späth zurück aus Ekuador** 5
- Kritische Anfragen an die Familienpolitik der Bundesregierung** 6
Georg Gölter
- Kurz notiert** 7
- Freiheit für Nico Hübner** 9
Helmut Nitsche
- Aktion Fünfhundert** 10
- Aus den Tagungsprogrammen der Akademien** 11
- Aus unserer Arbeit** 11
- Christen in Namibia** 12
Kurt Kirschner
- Luthers Zweireichelehre heute** 13
Zehn Thesen von Prof. D. Dr. Walter Künneth
- Gemeinsame Erklärung der Kirchen in beiden Teilen Deutschlands zum Frieden** 14
- Dokumentation: Marxistisches Regime in Äthiopien setzt Christenverfolgung fort** 15

Christen Südafrikas am Scheideweg

Winrich Scheffbuch

Der Verfasser nachfolgenden Artikels nahm als Mitglied der deutschen EKD-Delegation am Südafrikanischen Kongreß Christlicher Führungskräfte teil. Die nachhaltige Absage dieses Kongresses an jede Art von Gewaltanwendung war eines der besonders eindrucksvollen Erlebnisse, die Winrich Scheffbuch aus Südafrika mit nach Hause brachte.

In einem frostigen Klima fand Mitte Juli in Pretoria der Südafrikanische Kongreß Christlicher Führungskräfte (SACLA) statt. Die mehr als 5 000 Teilnehmer froren erbärmlich in der zugigen Winterkälte, die dieses Jahr für den Süden Afrikas eine Rekordmarke aufwies. Doch dies war nur der äußere Rahmen. Die Konferenz selbst war von einem viel freundlicheren Klima bestimmt. Menschen aus den vielfältigsten Völkern, krassesten sozialen Gegensätzen und über 100 verschiedenen Kirchen kamen zusammen, um zu erkennen, daß „das Gemeinsame größer ist als das Trennende“. Mitten in Südafrika war es gelungen, Tausende von Christen zu einer großen Familie zusammenzuführen. Man hat viel gesungen, gelacht, gesprochen und gehört in diesen Tagen. Und man freute sich aneinander. Ob es das bisher oft in Südafrika gegeben hat?

Auch eine Fülle von persönlichen Kontakten waren in diesen Tagen zu beobachten. Pretoria genießt den Ruf der wohl konservativsten Stadt Südafrikas. Hier leben viele Familien, die noch niemals einen Schwarzen zum Essen an ihren Tisch geladen hatten. Jetzt aber hatten manche von ihnen bis zu acht andersfarbige Gäste aufgenommen. Und mit welcher Liebe wurden sie umsorgt! Es gab Hausfrauen, die sich erstmals mit viel Mühe in afrikanischen oder indischen Speisen beim Kochen versuchten, nur um ihren unbekanntenen Gästen wirklich entgegenzukommen. Das geschah mitten in Pretoria.

In dieser Atmosphäre konnten nun aber sehr spannungsgeladene Themen offen und ohne Scheu angesprochen werden. Kein Graben,

keine noch so tiefe Wunde wurde zugeschmiert. Schon im ersten Referat der Konferenz sprach Abel Hendrick von der „großen Sünde des Rassismus“, von den notvollen Paßgesetzen und der „unheimlich dunklen Wolke, die einen neuen Holocaust über unser Land bringen könnte“. Menschenrechte, Ausbeutung, Gewalt, Apartheid, Arbeitslosigkeit, Unfreiheit, Wanderarbeit, ungerechtes Lohnsystem, reich und arm, Wohnungsnot und noch viel mehr wurde schonungslos angesprochen. Es gab Augenblicke in Arbeitsgruppen, wo die Gemeinschaft fast über der Schwere der Nöte zerbrochen wäre. Doch gerade da bewährte sich die geistliche Bruderschaft, indem man in der Stille vor Gott sich neu in demütiger Liebe zu verstehen suchte. Hier lernte man, mit dem Herzen des anderen zu fühlen.

So zeigten sich auch anfangs sehr skeptische Beobachter überrascht, wie auf diesem evangelikal geprägten Großtreffen politische, wirtschaftliche und soziale Fragen wie selbstverständlich angepackt wurden. Allerdings verdient die Art, wie dies geschah, Beachtung. Irgendwelchen politischen Idealen nachzuhängen, und seien sie noch so verlockend, wurde als Götzendienst erkannt. Nicht die Welt und ihre Tagesordnung beherrschte die Konferenz. Vielmehr stand im Mittelpunkt aller Referate und Diskussionen die Königsherrschaft Jesu Christi. Schließlich hatte auch der ganze Kongreß das geistliche Thema, wie denn das Zeugnis von der Herrschaft Jesu heute in Südafrika verkündigt werden könne. Und man war sich dabei bewußt, daß dies einen Bezug zur heutigen Zeit einschließt, weil Christen den Gehorsam des Glaubens in der Welt von heute zu bewahren haben. Die Gefahr wurde aber nie übersehen, daß die Christen vor lauter Zeitgemäßheit nach der „Pfeife der Welt“ tanzen und dadurch ihren einzigartigen Auftrag verlieren könnten.

Es mag Stimmen geben, die am Ende des Kongresses politisch aufreizende Resolutionen vermißten.

Ob darin wirklich eine vermeintliche Schwäche des Kongresses gelegen haben mag? Wieviele politische Stellungnahmen kirchlicher Konferenzen sind überall in der Welt bloß ein Wort geblieben. SACLA ging da tiefer. Hier wurden Menschen bis in den Grund verändert. Bitterkeit und Zynismus wurden als Schuld vor Gott erkannt. Hochmut, Überheblichkeit und Stolz wurden geächtet. Darum gerieten erstarrte Fronten in Bewegung, weil Menschen einen neuen Blick bekamen und unter bisher geleugneter Schuld zusammenbrachen. Darin lag die geistliche und dynamische Kraft von SACLA.

Man wußte sich am Scheideweg in Südafrika. „Die uns noch verbleibende Zeit läuft aus!“ rief Prof. Dr. David Bosch, der afrikanische Missionstheologe und verantwortliche Gestalter des Kongresses. „Nur wenn die Kirche wirklich wieder zur Kirche wird, kann sie der Welt einen unverwechselbaren Dienst tun.“ Wer am Scheideweg gewartet hatte, welchen Weg dieser Kongreß wohl einschlagen würde – radikal rechts oder radikal links – wurde enttäuscht. In großer Einmütigkeit vieler Teilnehmer hat SACLA deutlich gemacht, daß Christen einen eigenen Weg zu gehen haben. Er ist bestimmt von der Versöhnung Christi, die zur Verpflichtung für alle seine Nachfolger wird. Die Führungsaufgabe der Christen in der Welt wurde neu als der Knechtsdienst Jesu erkannt, in Demut und Niedrigkeit dem andern zu dienen. Und in dieser Welt der Macht und Ohnmacht bekannten sich Christen eindeutig zur Gewalt des Heiligen Geistes, weil er allein wirklich verändern kann. So hat SACLA das Erbe des 1976 in Nairobi vorausgegangenen Panafrikanischen Kongresses Christlicher Führungskräfte und seines Gelöbnisses zur Gewaltlosigkeit mitten in diesem spannungsreichen Land aufgenommen und geistlich vertieft. Und so war auch eines der letzten Worte auf diesem Kongreß der Dank an die Schwarzen, die das Gespräch mit den Weißen noch nicht aufgegeben

haben und noch nicht zur Gewalt gegriffen haben. Viel scheint bei SACLA in Bewegung gekommen zu sein. Was auch geschehen ist, es kann doch nur der Anfang eines Weges sein, der auf vielen Ebenen

an Ort und Stelle von Christen im Vertrauen auf ihren Herrn weiter gewagt werden muß. Es ist ein Weg des Opfers, der besiegten Furcht und auch der überwundenen Bitterkeit. Es ist dem Rat der Evangeli-

schen Kirche in Deutschland zu danken, daß er von Anfang an diese Bemühungen tatkräftig gefördert und sich zu diesem Weg bekannt hat und dies hoffentlich auch in Zukunft tun wird.

Lothar Späth zurück aus Ekuador

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth, den Mitgliedern und Freunden des Evangelischen Arbeitskreises von vielen EAK-Tagungen im Laufe der letzten Monate aus nächster Nähe bekannt, bereiste im August '79 Ekuador. Nach seiner Rückkehr schilderte er der Evangelischen Verantwortung seine Eindrücke.

Ich hatte Gelegenheit, gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Matthias Wissmann, MdB, die CDU anlässlich der Amtseinführung des neuen ekuadorianischen Präsidenten, Jaime Roldos Aguilera, am 10. August 1979 in Quito zu vertreten.

Die Einladung der ekuadorianischen Regierung an die CDU, die Gespräche mit Präsident Roldos und dem christlich-demokratischen Vizepräsidenten, Oswaldo Hurtado; und die herzliche Atmosphäre während meines Aufenthaltes in Quito machten vor allem deutlich: Wir befanden uns unter Freunden, die in ihrem Verhältnis zur CDU aufrichtige Freundschaft und Sympathie empfinden.

Über diesen spontanen Eindruck hinaus unterstreicht diese Reaktion aber vor allem das positive Ergebnis der engen Beziehung zwischen der CDU und den Christlichen De-

mokraten in Ekuador und anderen lateinamerikanischen Staaten. Insbesondere während des Demokratisierungsprozesses in Ekuador hielt die CDU intensiven Kontakt zu unseren Parteifreunden in diesem Land. Hierfür stehen auch die Unterredung des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl mit Jaime Roldos und Oswaldo Hurtado im vergangenen Jahr in Bonn, sowie Gespräche des CDU-Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler in Ekuador.

Die Wahlerfolge in Ekuador und Costa Rica, jeweils unter maßgeblicher Beteiligung der Christlichen Demokraten sowie der Wahlsieg des Christlich Demokratischen Präsidenten Venezuelas, Herrera Campins, beweisen die wachsende Bedeutung der Christlichen Demokraten auch in Lateinamerika. Ihnen ist es gelungen, sich als glaubwürdige demokratische Alternative darzustellen. Der noch während der Konferenz der Sozialistischen Internationalen in Vancouver im vergangenen Herbst geäußerte Optimismus, dem Sozialismus in Lateinamerika zu größerem Gewicht zu verhelfen, dürfte vorerst zum frommen Wunsche geschrumpft sein.

Die politischen Erfolge der Christlichen Demokraten Lateinamerikas

sollten uns ermutigen, weiterhin tatkräftig unsere solidarische Zusammenarbeit mit unseren Partnern fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Wie ich dem ehemaligen Präsidenten Chiles, Eduardo Frei, während meines Aufenthaltes in Quito versichert habe, gilt dabei auch in Zukunft unser besonderes Engagement den christlich-demokratischen Parteien, die in nichtdemokratischen Systemen mutig für die Errichtung demokratischer Strukturen kämpfen.

Ekuador und andere junge Demokratien in Mittel- und Südamerika sollten uns jedoch daran erinnern, daß die Unterstützung durch unsere Parteien allein nicht ausreicht. Daher sollte auch die Bundesregierung ihr besonderes Augenmerk auf diese Länder richten und durch verstärkte wirtschaftliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit zur Festigung der Demokratie in diesen Ländern beitragen.

Für uns ist Ekuador nicht nur ein neuer Start für eine junge Demokratie, sondern auch Ermunterung, die Beziehungen zu allen unseren lateinamerikanischen Schwesterparteien weiter zu intensivieren und Solidarität zu praktizieren.

Aus unserer Arbeit

Ökumenischen Sonderfonds für Vietnamflüchtlinge schaffen

Bonn: Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sollte mehr für die Vietnamflüchtlinge tun. Diese Forderung erhob jetzt der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU.

Die vielfältigen Aktivitäten der katholischen Kirche sollten der EKD Vorbild und Anlaß zur Hilfe in gleichrangigem Ausmaß geben.

Schweigen nütze nichts. Aus der Phase des Nachdenkens müsse nunmehr die Aktion werden. Die Not der Flüchtlinge, von denen jede Stunde allein 100 im Meer umkämen, müsse zu einem verstärkten Engagement der Kirche führen. Nach dem Exodus des jüdischen Volkes und der Vertreibung großer Teile unseres Volkes infolge des Zweiten Weltkrieges haben — so der EAK — „wir Deutschen eine

besondere Verantwortung für die Flüchtlinge in Ostasien“. Das Bundesvorstandsmitglied des EAK, Dr. Peter Egen, schlug zur Soforthilfe einen von der EKD zu initiiierenden ökumenischen Sonderfonds für Vietnamflüchtlinge vor. Der „Wettlauf mit dem Tode“ könne nur gewonnen werden, wenn Hilfe unkompliziert und unbürokratisch in größerem Umfang als bisher geleistet werde.

Kritische Anfragen an die Familienpolitik der Bundesregierung

Georg Gölder

Der jetzt veröffentlichte 3. Familienbericht legt schonungslos die Erfolglosigkeit der Familienpolitik der Bundesregierung offen. Sowohl die ideellen Lebensbedingungen wie auch die soziale Lage der Familien haben sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert. Hieran kann auch die Stellungnahme der Bundesregierung nichts ändern, in der darauf hingewiesen wird, daß der Familienbericht die in den letzten Jahren erfolgten Erhöhungen des Kindergeldes nicht berücksichtige. Diese Verbesserungen stellen in erster Linie einen Teuerungsausgleich dar. Die unabhängige Sachverständigenkommission fordert zur Verbesserung der Lage der Familien eine umfassende Weiterentwicklung der familienpolitischen Maßnahmen, wie sie von der CDU ausnahmslos seit Jahren erhoben werden, die aber bei den Koalitionsparteien auf taube Ohren gestoßen sind. Es ist zu hoffen, daß der 3. Familienbericht bei der Bundesregierung eine Umkehr ihrer von der Bevölkerung nicht getragenen Familienpolitik bewirkt.

Dr. Georg Gölder, Sozialminister in Rheinland-Pfalz und stellvertretendes Mitglied der Synode der EKD greift nachfolgend Schwerpunkte der Familienpolitik der Bundesregierung auf und stellt zugleich die Forderungen der Sachverständigenkommission nochmals zusammen.

Der 3. Familienbericht markiert einen sichtbaren Wandel des familienpolitischen Klimas in der Bundesrepublik. Die Sachverständigenkommission hat die schwierige Lage der Familien beschrieben und wegweisende Vorschläge für die notwendigen familienpolitischen Maßnahmen gemacht.

Der 3. Familienbericht enthält eine Fülle höflich formulierter, aber politisch schwerwiegender Vorwürfe gegen die Gesellschafts- und Familienpolitik der Bundesregierung und der SPD/FDP:

Zum Beispiel zur Verniedlichung des krassen Geburtenrückgangs:

Es wäre keine Lösung „... den Prozeß der Bevölkerungsschrumpfung sich selbst zu überlassen oder auf einen imaginären Mechanis-

mus der Selbstregulierung zu vertrauen... Eine weitere Verzögerung der Erarbeitung von Leitvorstellungen über die Bevölkerungsentwicklung durch die Bundesregierung ist gleichbedeutend mit einer Entscheidung für eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung, ohne daß diese Entscheidung politisch diskutiert und allgemein akzeptiert werden konnte... Wenn der Staat die Solidarität der Generationen sichern will, ... dann muß er die Erhaltung der Bevölkerungsgröße in seine Zielsetzung aufnehmen. Andernfalls entstehen... progressiv wachsende Schwierigkeiten der Anpassung gesellschaftlicher, sozialer, wirtschaftlicher Tatbestände und Gewohnheiten an eine sich kraß verändernde Bevölkerungszahl und -struktur“.

Zum Beispiel zum SPD/FDP-Verständnis von familienpolitischer Verantwortung:

„... Das Wohstandsstreben und den Wunsch nach beruflicher Integration der Frau zu stärken und dafür die Kinderwünsche gesellschaftlich als Privatsache zu deklarieren und sich somit der Verantwortung zu entziehen, verstärkt die Konflikte in den Familien“.

Zum Beispiel zur Aushöhlung und Zurückdrängung der Familie durch selbsternannte fortschrittliche Sozialliberale:

Es „... kann jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß die Arbeitsteilung zwischen Familie und Gesellschaft generell zugunsten der letzteren verschoben werden sollte, wie das teilweise durch diejenigen geschieht, die dem Staat eine größere Rolle in der Gesellschaft einräumen möchten“.

Zum Beispiel zur wirtschaftlichen Benachteiligung von Familien mit Kindern unter einer SPD-geführten Regierung:

„Kinder zu haben, bedeutet... einen nicht unerheblichen Verzicht der Familien auf materiellen Wohlstand. Besonders betroffen sind die

Arbeiterfamilien, da sich bei ihnen mit zunehmender Kinderzahl ihr Einkommensniveau dem Existenzminimum annähert.“

Die Sachverständigenkommission hat eine Reihe von grundsätzlichen familienpolitischen Forderungen erhoben:

- Sicherung des Grundrechts, Kinder zu haben;
- Festlegung der Bestandserhaltung als bevölkerungspolitische Zielvorstellung;
- bedarfsorientierte Sicherung des Lebensniveaus der Familie;
- Anerkennung der Aufgaben und Leistungen der Familie für die Gesellschaft.

Zur Verwirklichung dieser Ziele schlagen die Sachverständigen unter anderem folgende Maßnahmen vor:

- Dynamisierung des Kindergeldes;
- Einführung eines Erziehungsgeldes für alle nichterwerbstätigen Mütter von 400,- bis 500,- Mark pro Monat;
- eigenständige soziale Sicherung der Frau unter Anrechnung von Erziehungsjahren;
- verstärkte Wiedereingliederungshilfen für ältere Hausfrauen;
- Förderung von Teilzeitarbeit und gleitender Arbeitszeit;
- Erhöhung und regelmäßige Anpassung des Wohngeldes;
- besondere Wohnungsförderung für junge Ehepaare;
- Pflichtschulunterricht in Haushalts- und Familienführung für Mädchen und Jungen;
- verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für die Familie sowie Ausbau der Familienberatung und der sozialen Dienste.

Ob man allen Aussagen und Vorschlägen des 3. Familienberichts zustimmen kann, bedarf noch einer eingehenden Prüfung. Verdienstvoll aber ist es schon, daß die Sachverständigen der familienpolitischen Diskussion neue Anstöße gegeben

haben, die die Bundesregierung zur Überprüfung ihrer bisherigen Politik zwingen werden.

Der 3. Familienbericht schließt mit einer resignierenden Klage über die Nachrangigkeit der Familienpolitik:

„Es ist bedauerlich..., daß die Politik die Interessen der Familien so gering achtet. Es ist ein Phänomen der weitverbreiteten Gleichgültigkeit und Unterbewertung der Väter- und Mütter-Aufgaben und ihrer Bedeutung für gesellschaft-

liche Wohlfahrt und Lebensqualität insbesondere durch die Macht- und Führungsgruppen“.

Angesichts dieser bitteren Anklage muß man es als Hohn empfinden, wenn dem Bundeskanzler erst kürzlich in einem Interview nichts Besseres einfiel als vor „Katastrophenstimmung“ zu warnen, von den „Chancen eines gewissen Rückgangs der Bevölkerung“ zu sprechen und vorsorglich die „sogenannten Bevölkerungspolitiker“ zusammen mit der CDU/CSU in die

Ecke der bösen Schwarzmalerei zu stellen.

Wenn man unterstellt, daß der Bundeskanzler Anfang August den Kommissionsbericht kannte, dann weisen diese Äußerungen nicht auf Einsicht und Nachdenklichkeit hin, sondern lassen viel eher vorsorgliche Abwertung der Sachverständigen vermuten. Das ist kein Weg zur familienpolitischen Gemeinsamkeit. Eine solche Linie zwingt die Opposition zu unnachsichtiger Kritik und scharfer Anklage.

Kurz notiert

„Wer Befreiung will, muß auf den Schrei aus der Tiefe hören“

Edinburgh: Seelsorge und Beratung wurden wahrscheinlich „zu keiner Zeit mehr gebraucht als heute“. Diese Überzeugung äußerte der Erzbischof von Canterbury in einer Grußbotschaft an die mehr als 400 Teilnehmer des ersten internationalen Kongresses für Seelsorge und Beratung, der kürzlich in Edinburgh stattfand.

Die Kirchen beginnen wieder zu erkennen, daß die Seelsorge für den einzelnen Menschen eine ihrer großen Aufgaben ist. Die Krankenhausseelsorge ist zu einem wichtigen Arbeitsgebiet geworden. Die Telefonseelsorge wird zunehmend in Anspruch genommen. Kirchliche Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen werden ausgebaut. Kirchliche Mitarbeiter in der Krankenpflege, der Sozialarbeit oder im Religionsunterricht lernen, auf die seelischen Nöte der Menschen zu achten. Theologiestudenten und Gemeindepfarrer werden ermutigt, sich für den einzelnen Menschen in Konflikten und Krisen Zeit zu nehmen.

Starke Anregungen für das neue Interesse an der Seelsorge gehen von den Christen in der Ökumene aus, die vor ähnlichen Aufgaben stehen wie die Kirchen in der Bundesrepublik. Auf dem Kongreß ist zu erkennen, wie die seelischen Nöte einzelner Menschen den Kirchen in den industrialisierten Län-

dern Europas und Nordamerikas genauso begegnen wie in den sogenannten Entwicklungsländern der Dritten Welt. Nach der politischen Befreiung vom Kolonialismus stehen viele Christen in Afrika und Asien vor der Aufgabe, zur seelischen Befreiung der Menschen in ihren Völkern unter veränderten sozialen Bedingungen beizutragen.

Der Kongreß in Schottland hatte für den Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen der Seelsorge das Thema „Wagnis der Freiheit“ gewählt. In seinem Eingangsvortrag erklärte der Tübinger Theologieprofessor Dr. Jürgen Moltmann: „Wer von der Freiheit reden will, der muß bei der Befreiung anfangen. Wer aber Befreiung will, der muß zuerst auf den Schrei aus der Tiefe hören. Aus dem Munde der Hungernden, der Gefangenen, der Zerstörten und Behinderten kommt der Schrei aus der Tiefe an unser Ohr und unser Herz. Bei ihnen liegt auch der Schlüssel für unsere Freiheit. Solange sie nicht da frei werden, sind auch wir nicht wirklich frei.“

Viele rüsten sich heute psychologisch und militärisch zur Sicherung unserer Freiheit. Die beste Sicherung der Freiheit aber sei die Befreiung der Menschen, die unter der Herrschaft und Gleichgültigkeit ihrer Mitmenschen litten und auf deren Gemeinschaft hofften.

An vielen Beiträgen auf dem Kongreß zeigte sich, daß die Christen wieder versuchen, ihre Seelsorge für den einzelnen Menschen im Zu-

sammenhang der politischen und sozialen Aufgaben zu sehen. Politische Freiheit wird erst sinnvoll, wenn sie mit dem Einsatz für die seelischen Nöte der Menschen verbunden ist; und Befreiung von seelischen Schwierigkeiten ist nur möglich, wenn Menschen ihre geistigen und körperlichen Bedürfnisse befriedigen können.

In Vorträgen und Diskussionen, Seminaren und Arbeitsgruppen und in vielen persönlichen Gesprächen verbinden die Teilnehmer diese Einsicht mit der Frage nach dem Beitrag der kirchlichen Seelsorge und Beratung zu einem Leben in größerer innerer und äußerer Freiheit.

„Geistliche Konzentration statt konzeptionsloser Überbeschäftigung“

Düsseldorf: Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Lic. Karl Immer (Düsseldorf), hat die Theologen zur Mitarbeit am „Missionarischen Jahr 1980“ aufgerufen. Jeder könne merken, schreibt der Präses, „daß unser Land Missionsgebiet geworden ist“. Die Aktion, die bis Ostern 1981 läuft, solle helfen, in der täglichen Arbeit neue Akzente zu setzen und andere Schwerpunkte zu setzen, aber den Pfarrern „keine zusätzliche Last aufladen“. Nötig sei „geistliche Konzentration statt konzeptionsloser Überbeschäftigung“.

Ein Schwerpunktprogramm wie das „Missionarische Jahr 1980“

könne nur in der Ortsgemeinde und bei deren Mitarbeitern Hand und Fuß bekommen, schreibt Immer weiter an die Pfarrer der Landeskirche. Mission sei „Aufgabe der ganzen Gemeinde, nicht einiger Profis“. Nur zu oft würden gerade die hauptamtlichen Mitarbeiter der Kirche durch zu viele Kontakte und Dienste überfordert. Beim Missionarischen Jahr gehe es deshalb darum, den Missionsauftrag auf mehr Schultern zu verteilen. Der Präses warnt davor, sich „in vielerlei Aktionen zu zerrennen“. Nach seinen Worten ist zu wünschen, daß die Mitte des Glaubens und des Dienstes gefunden werde. Niemand solle sich von der großen Aufgabe unter missionarischen Leistungsdruck gestellt sehen, denn „nur was aus der Stille und in Einigkeit getan wird, kann langfristig Frucht tragen“.

Professor Dr. Heubach Landesbischof in Schaumburg- Lippe

Bückeburg: Zum neuen Landesbischof der schaumburg-lippischen evangelischen Kirche ist Prof. Dr. Joachim Heubach (Ratzeburg) gewählt worden. Der 53jährige Landesbischof der nordelbischen Sprengel Lauenburg und Bundesvorsitzende der konservativen „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis“ wird am 1. Oktober in Bückeburg die Nachfolge von Landesbischof Johann Gottfried Maltusch antreten, der 68jährig in den Ruhestand geht. Maltusch stand seit 1966 an der Spitze der mit 75 000 Gemeindegliedern kleinsten evangelischen Landeskirche in Deutschland.

Heubach erhielt im zweiten Wahlgang mit 23 der 30 abgegebenen Stimmen die notwendige Dreiviertel-Mehrheit. Sieben Stimmzettel waren leer. Im ersten Wahlgang

waren acht weiße Stimmzettel abgegeben worden. Beobachter werteten die leeren Stimmzettel als Kritik daran, daß der Nominierungsausschuß mit Heubach und dem ebenfalls der Sammlung angehörenden hannoverschen Pfarrer Dr. Ulrich Asendorf nur zwei konservative Kandidaten präsentiert hatte.

Heubach, am 20. November 1925 in Berlin geboren, studierte Theologie und Philosophie in Erlangen, Hamburg, Göttingen und Kiel, wo er 1950 promovierte und sich 1954 habilitierte. Von 1961 bis 1963 war Heubach Pfarrer an der St.-Nikolai-Kirche in Kiel, anschließend sieben Jahre Studiendirektor des Predigerseminars in Preetz. 1970 wurde er Landesbischof von Lauenburg.

Kurhessen-Waldeck hat 1995 über 300 Pfarrer zuviel

Hofgeismar: Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck erwartet bei der stark ansteigenden Zahl von Theologiestudenten, daß Mitte der 80er Jahre etwa 100 Pfarramtsbewerber mehr da sind, als nach dem gegenwärtigen Stellenplan angestellt werden könnten. 1990 wird sich nach Angaben von Oberlandeskirchenrat Dr. Hartmut Löwe (Kassel) dieser Überhang auf 200, fünf Jahre später sogar auf über 300 junge Theologen erhöhen.

Löwe bezeichnete die Hoffnung, daß die Kirche zusätzliche Finanzmittel in dieser Größenordnung bereitstellen könne, als illusorisch. Da es sich um ein auch bei anderen Berufen vorhandenes gesamtgesellschaftliches Problem handele, sei zu erwarten, daß auch der Staat nicht untätig bleibe. Als Maßnahmen zur Lösung des Problems nannten Löwe und Prälat Peter Hertzberg u. a. eine maßvolle Her-

absetzung der Besoldung, eine Verlängerung der Hilfspfarrerzeit kombiniert mit Spezialausbildungen sowie die Errichtung neuer Pfarrstellen.

Deutliche Spuren des Kirchentags in Bayern

München/Nürnberg: „Alle, die den 18. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg mitgestaltet und miterlebt haben, atmen tief auf, wohl in der Hauptsache vor Freude, daß er nicht nur gelungen ist, sondern für viele ein großes Erlebnis dargestellt hat.“ Diese Feststellung trifft Oberkirchenrat Hermann Greifenstein in einem Schreiben an alle Mitarbeiter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, die mit ihrem „selbstlosen, großen Einsatz von Phantasie, Arbeitskraft und Fleiß“ mithalfen, den Kirchentag vorzubereiten und durchzuführen. Die Veranstaltungen von Nürnberg haben nach den Worten von Greifenstein in der bayerischen Landeskirche deutliche Spuren hinterlassen. — Der Oberkirchenrat bedauert noch einmal, daß Landesbischof D. Dr. Johannes Hanselmann, der „so viele innere Kraft für die Gestaltung und den Besuch des Kirchentags durch möglichst viele Menschen und Gruppen, auch aus dem evangelikalen Lager“, aufgewendet habe, ihn wegen seiner Erkrankung nicht miterleben können, sondern ihn nur „mit intensiven Gebeten“ begleiten konnte. — Bei einer Zusammenkunft der bayerischen Kirchentagsmitarbeiter mit dem Landesbischof, voraussichtlich am 18. Oktober in Nürnberg, sollen die Konsequenzen des Kirchentags für die gesamtkirchliche Arbeit präzise bewertet werden. Ferner soll untersucht werden, welche zukünftigen Aufgaben dadurch der bayerischen Landeskirche gestellt sind.

**Der neue Bundesgeschäftsführer des Evangelische Arbeitskreises der CDU/CSU,
Wilhelm Staudacher, hat am 1. September seine Tätigkeit in Bonn aufgenommen.**

**Die Evangelische Verantwortung gratuliert zur Amtsübernahme
und wünscht Wilhelm Staudacher
für seine zukünftige Arbeit Kraft und Gottes Segen.**

Freiheit für Nico Hübner

Helmut Nitsche

Das SED-Regime in Ostberlin hat am 7. Juli 1978 den damals 22-jährigen DDR-Bürger Nico Hübner, der sich zu Recht als Ost-Berliner unter Berufung auf den Viermächtestatus gegen eine Zwangseinberufung zum Militärdienst in der DDR wandte, zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Die Proteste in der Bundesrepublik Deutschland gegen dieses Urteil reißen nicht ab. Auch die Leser der Evangelischen Verantwortung sind aufgefordert, sich immer wieder für die Freilassung Nico Hübners bei den Behörden der DDR brieflich einzusetzen. Der jetzt 23-jährige, mutige Berliner sitzt unter schlimmen Haftbedingungen seine Strafe ab – zu leiden hatte er in der DDR vor seiner Verurteilung bereits unter seiner Mitgliedschaft in der Evangelischen Studentengemeinde Ost-Berlin.

Die Evangelische Verantwortung hat den Vorsitzenden der Gesellschaft für Menschenrechte e. V., Professor Dr. Helmut Nitsche gebeten, unseren Lesern ein Porträt dieses jungen Menschen zu zeichnen, der sich nicht der Willkür eines totalitären Systems beugte.

Hätte es eines erneuten Beweises bedurft, daß der Macht des SED-Regimes Grenzen gesetzt sind, der junge Ostberliner Nico Hübner hat diesen Beweis für die ganze Welt unmißverständlich geliefert. Eine mehr als drei Jahrzehnte währende Herrschaft, mit einer seit 1961 bestehenden Abschnürung durch die Mauer, mit Informations- und Reiseverbot haben es nicht geschafft, das Verantwortungsbewußtsein der deutschen Jugend einzuschläfern oder gar ihr politisches Rückgrat, ihren Widerstandswillen gegen den Kommunismus zu brechen. Mit bewundernswertem Mut ist dieser junge Mann aufgestanden und hat in aller Öffentlichkeit sein Bekenntnis ausgesprochen: „Ich will mich nicht einem System beugen, das sich nur durch Bewußtseinsmanipulation, durch Bespitzelung von (Anders-) Denkenden, durch Erpressung und Verleumdung an der Macht halten kann.“

Nico Hübner hat die geistige Manipulation und die politische Pression, denen besonders die denkende Jugend in der DDR ausgesetzt ist, nicht nur persönlich erfah-

ren, erlebt und erlitten – Hübner vermag auch dieser tragischen Situation, in der sich die Jugend im kommunistisch regierten Teil Deutschlands befindet, in treffender Weise Ausdruck zu verleihen. Er kritisiert die bereits im Kindergarten, in der Vorschulerziehung beginnende primitive und häufig verlogene Schwarz-Weiß-Malerei, gegen die sich das unmündige, von politischen Erfahrungen noch ungetrübte Kindergemüt nicht zur Wehr setzen kann. Danach charakterisiert Hübner die sich anschließende Jugendliche Entwicklungsphase: „Der Jugendliche verfügt im Gegensatz zu seiner Kindheit bereits über einen Erfahrungsschatz aus der Alltagswelt des SED-Staates. Seine Kritik kommt aus der Praxis, denn er kann mit den fast leeren Begriffen, die er gelernt hat und mit denen er den ‚realen Sozialismus‘ begreifen soll, nichts anfangen. Da aber die Bewußtseinsinhalte schon im frühen Kindesalter indoktriniert werden, ist es den Jugendlichen kaum möglich, zu vernünftigen, durch Erfahrungen gebildeten theoretischen Anschauungen zu gelangen.“

Den Marxismus-Leninismus stößt er als wertlos ab. Doch wird der Jugendliche dadurch meist theorie-los und verharrt in bloßer Opposition ohne eine greifbare Alternative.“

Da es der Jugend in der DDR praktisch unmöglich gemacht wird, sich über nichtsozialistische Theorien zu informieren, da sie keine westliche Zeitung, Zeitschrift oder Buch lesen kann, da es ihr unmöglich gemacht wird, demokratische Länder zu besuchen oder den „sterbenden, verfaulenden Kapitalismus“ (Lenin) aus eigener Anschauung kennenzulernen – kann die Jugend in der DDR ihrer oppositionellen Haltung meist nur in Äußerlichkeiten Ausdruck verleihen: sie trägt Jeans, T-Shirts, Parkas und beklebt oder benäht sie mit westlichen Emblemen von Sportvereinen, Universitäten, Automarken, Beatgruppen, Popstars und dergleichen. Schüler tragen ihre Utensilien mit Vorliebe in westli-

chen Nylontüten mit Zigaretten-, Kaffee- oder Waschpulverreklamaufschriften. Hits westlicher Schlagerparaden tönen aus den Kassettenrecordern, natürlich selbst aufgenommen, da man solche Aufnahmen in den staatlichen Läden nicht erhält.

Das Tragen von Jeans ist für viele junge Menschen zu einem Ausdruck politischer Opposition geworden. Durch die aufgezwungene Isolierung erschöpft sich diese Opposition allerdings meist in den genannten Äußerlichkeiten. Hübner sagt dazu, daß eine „nationale Lücke“ in den Anschauungen entstanden sei, die die Jugend von sich aus nicht mit Inhalt zu füllen vermag.

Ein Teil dieser Jugend sucht Zuflucht in den „Jungen Gemeinden“ der Kirchen. Das Christentum bietet ethischen und moralischen Halt. In der christlichen Gemeinschaft fühlen sich die jungen Menschen geborgen. Was aber die Jugendpfarrer in der DDR nicht dürfen und was sie in der Regel auch gar nicht vermögen, ist, diese jungen Leute mit einer politisch-weltanschaulichen Alternative auszurüsten, die sie in den Stand versetzen könnte, die marxistisch-leninistische Doktrin nicht nur abzulehnen, sondern was weitaus wirksamer und wichtiger wäre – sie mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und Argumenten zu widerlegen.

„Für den Kommunismus, wie er in der DDR praktiziert wird,“ schreibt Hübner, „ist so gut wie kein Bürger. Aber dafür, daß Menschenrechte in der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden sind viele.“

Es ist wohl kaum ein vernichtenderes Urteil über das SED-Regime denkbar. In dieser Situation ist es verständlich, daß junge Menschen in der DDR die dort verbotenen Werke Schopenhauers lesen, wie Hübner selbst, oder daß der Eurokommunismus auch für einen Teil der Jugend in der DDR zu einer Hoffnung wird: „Jugendliche sympathisieren mit Havemann und Biermann. Aber wem sollten sie

sich sonst zuwenden? Aus der Not wird eine Tugend gemacht. In einem eingeschränkten Angebot an politischen Verhaltensmöglichkeiten ist Havemann doch besser als Honecker.“

Hübner beleuchtet die trostlose Lage der jungen Generation, die sich im Stich gelassen fühlt und apostrophiert das Versagen westdeutscher Politik (insbesondere verfügen ja Rundfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland über geradezu sträflich ungenutzte Möglichkeiten): „Angebote aus der liberalen Mitte fehlen völlig, und die Politik in der Bundesrepublik Deutschland lehnt es leider ab, zur moralischen Stütze im anderen Teil Deutschlands zu werden.“

Wann werden die verantwortlichen Politiker in der Bundesrepublik das endlich begreifen, was Nico Hübner aufzeigt? Wann werden Politiker begreifen, daß sie mitschuldig werden, wenn sie den Unterdrückten in der DDR nicht wenigstens moralischen und geistigen Beistand leisten, statt über diese Bedrängnis zu schweigen und einer kommunistischen Forderung nach der anderen nachzugeben.

Wie präzise das politische Urteil Nico Hübners ist, wie hoch er über den reformkommunistischen Illusionen in Ost und West steht, beweist nicht zuletzt auch seine feinsinnige, klare Unterscheidung von Regimekritikern und Regimegegnern der DDR:

„Regimekritiker verstehen nicht, daß die Verhältnisse des Regimes im System begründet sind.

Anders ist die Sache bei den Regimegegnern. Sie gehen davon aus, daß die Bewußtseinsmanipulation, die Bespitzelung von politisch (Anders-) Denkenden, die totalitäre Durchsetzung der Interessen und sonstigen Weisungen der elitären Führungsschicht durch einen bürokratischen Partei- und Beamtenapparat nicht nur dem Regime angehören, sondern sich aus den Wurzeln des Systems selbst speisen. Kommunistische Gesellschaftstheorien, wenn sie in der DDR durchgesetzt werden sollen, lassen immer mehr oder weniger diktatorische Regime entstehen. Regimegegner gehen also davon aus, daß die Regime kommunistischer Art nicht durch äußere Reformen humanisiert werden können, sondern daß ethisch gerechtfertigte Ordnungen nur dort entstehen und sich halten können, wo die Freiheit eines jeden nur beschränkt wird durch die gleiche Freiheit aller.“

Nico Hübner hat – und das allein ist mit seinen 23 Jahren wahrhaft schon eine bewundernswerte Leistung – nicht nur das äußere Erscheinungsbild und die angewendeten Methoden dieses Regimes gezeichnet, er hat vor allem das Wesen dieses Regimes bloßgelegt, und das tut den SED-Machthabern weh. Es muß sie geradezu schockieren, daß ihnen als alten, erfahrenen

Routiniers, die politische Maske von einem Menschen abgerissen wird, der ja nach marxistischer Theorie ein Produkt der ihn umgebenden sozialistischen Verhältnisse sein müßte! Aber Illusion und Wirklichkeit passen eben schlecht zueinander.

Es ist kennzeichnend für dieses Diktaturregime, daß es keine andere Lösung weiß, als die besten Menschen seines Landes – die klar denkenden, die verantwortungsvollen und mutigen – hinter Gitter zu bringen. Nico Hübner gehört zu ihnen. Deshalb gehört ihm auch die Sympathie und die Bewunderung aller politisch aufrechten Menschen in unserem Land und in der Welt.

Es bleibt abzuwarten, wie lange das SED-Regime braucht, um zu begreifen, daß es mit solchen Kräften nicht durch Einsperren fertig wird. Die kommunistischen Diktatoren sind gezwungen, Menschen wie Nico Hübner entweder umzubringen oder sie gehen zu lassen; denn im Lande wirken solche Kräfte wie gärrige Hefe, die den sozialistischen Teig derart durchsäuert, bis schließlich auch der letzte begreift, daß man durchaus nie mehr kommunistisches Brot backen kann.

EV-Leser, die sich für die Freilassung Nico Hübners einsetzen wollen, sollten an den Generalsekretär des ZK der SED, Herrn Erich Honecker, Marx-Engels-Platz, DDR-102 Berlin, schreiben.

Aktion Fünfhundert

Viele Anfragen erreichen uns täglich, die wissen wollen, an wen die Evangelische Verantwortung verschickt wird.

Unsere Antwort: In erster Linie an Pfarrer sowie weitere hauptamtliche Mitarbeiter im kirchlichen Dienst – darüber hinaus aber auch in großer Zahl an Kirchenälteste/Presbyter.

Heute bieten wir über unsere Leser zusätzlich **500 Exemplare** der Evangelischen Verantwortung an zum Gratisbezug für den erwähnten Personenkreis.

Teilen Sie an „Evangelische Verantwortung“, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, die Namen von Leserinteressenten mit, denen wir umgehend ein Probeexemplar zusenden werden.

Unterstützen Sie unsere Aktion, damit die „Mitte“ gestärkt wird.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

**Evangelische Akademie
Arnoldshain
6384 Schmitten/Taunus 1**

28. bis 30. September
Selbstachtung in der Familie
Ein Wochenende für Mütter, Väter,
Jugendliche und Kinder ab 6 Jah-
ren.

**Evangelische Akademie Tutzing
Schloß
8132 Tutzing am Starnberger See**

5. bis 7. Oktober
Ehescheidung und die Folgen
Tagung für Betroffene, Eheberater
und Juristen.

**Evangelische Akademie
von Kurhessen-Waldeck
Schlößchen Schönburg
Postfach 12 05, 3520 Hofgeismar**

5. bis 7. Oktober
Unser tägliches Brot gib uns heute
Die vierte Bitte des Vaterunser gibt
diesem Wochenende für Kinder und
Erwachsene seinen Inhalt.

**Evangelische Akademie Loccum
3056 Rehburg-Loccum 2**

24. bis 26. September
Kirche und Friedenssicherung
Klausurtagung zur Haltung der
Kirchen in der Bundesrepublik
Deutschland zu aktuellen Proble-
men von Frieden und Abrüstung.

**Evangelische Akademie
7325 Bad Boll**

24. bis 30. September
Der Laienvorsitzende im Kirchengemeinderat
Eine Gesprächswoche für Laienvor-
sitzende aus Kirchengemeinde-
räten.

**Hermann-Ehlers-Akademie
Gurlittstraße 3
2300 Kiel-Projensdorf**

17. bis 22. September
Europa-Seminar
(Osnabrück und Brüssel)
Zwischen Fortschritt und Stagna-
tion — die Europäische Gemein-
schaft.

**Evangelische Akademie
Rheinland-Westfalen, Haus Ortlonn
Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn**

21. bis 23. September
Leben und Arbeit der Kirche in Un-
garn
Eine Akademietagung zu Ostfragen.

8. bis 10. Oktober

Der alte Mensch in unserer Gesell-
schaft
Seminar des Diakonischen Werkes.

**Evangelische Akademie Nordelbien
Tagungsstätte Bad Segeberg
Postfach 13 60, 2360 Bad Segeberg**

14. bis 16. September
Jugendreligionen — Sinnkrise der
Gesellschaft?

Die Tagung will dazu beitragen, die
„Jugendreligionen“ unter theolo-
gischen, medizinischen und gesell-
schaftspolitischen Gesichtspunkten
zu verstehen.

Aus unserer Arbeit

Neuer EAK Vorstand in Baden

Freiburg: Die letzte Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU vor der Sommerpause stand im Zeichen des Berichts von der Europatagung des EAK in Heidelberg und der Wahlen für den neuen Vorstand.

Frau Wagner, Frau Lemmer und Frau Schlempp berichteten von der Tagung „Evangelischer Auftrag für Europa“ und brachten übereinstimmend das hohe Niveau und die große Bedeutung der Tagung zum Ausdruck. Sie regten an, daß sich der EAK mit den angeschnittenen Fragen — u. a. dem Verhältnis zwischen protestantischen Konservativen in Nordeuropa und katholischen Christdemokraten in Südeuropa so-

wie Protestantismus und Kirchen in Europa — weiter befassen solle. Vom Landesvorstand wurde dies zugesichert.

Aus der Arbeit des Kreisverbandes berichtete die bisherige Vorsitzende, Frau Wagner, aus dem Landesverband Herr Feist. Er hob im Hinblick auf die Arbeit in Freiburg hervor, daß auf der Kandidatenliste für die Kommunalwahl erfreulicherweise einige evangelische Christen berücksichtigt seien.

Bei den Vorstandswahlen wurde Professor Dieter Oberndörfer — einziger Kandidat — neuer Vorsitzender. Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt: Frau Lemmer und Professor Tiesler. Beisitzer wurden Frau Bergmann (Staufen), Frau Kammerer und Frau Pfisterer sowie die Herren Findei-

sen, Hellmuth, Professor Löwisch und Pfarrer Waetzel. Als ständiger Gast im Vorstand wurde Frau Wagner (Emmendingen) berufen. Als geschäftsführender Vorsitzender des Landesverbandes ist Michael Feist (Freiburg) Mitglied kraft Amtes. In seinem Schlußwort sagte der neue Vorsitzende eine lebendige, offensive und konstruktive Arbeit für die kommenden zwei Jahre zu.

Stellungnahme zum kirchlichen Arbeitsrecht

Karlsruhe: Aus aktuellem Anlaß hat der Vorstand des EAK-Baden eine Stellungnahme zu Fragen des kirchlichen Arbeitsrechts abgege-

ben. Darin unterstützt das Gremium „in voller Übereinstimmung mit der EKD und der Mehrheit ihrer Gliedkirchen“ die Auffassung, daß die Kirche einen eigenen sog. „dritten“ Weg gehen solle. Er sieht die Notwendigkeit, daß die Kirchen aufgrund ihres Selbstverständnisses und Auftrags sich als Bruderschaft begreifen und dementsprechend eigene Wege der Fürsorge für ihre Mitarbeiter entwickeln. Mit großer Entschiedenheit lehnt der EAK-Ba-

den alle Versuche gewerkschaftlichen Machtmißbrauchs im kirchlichen Dienst ab.

Diese Position steht im Einklang mit dem Grundsatzprogramm der Union von 1978, in dem es unter Nr. 120 heißt: „Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Kirchen... Das Recht der Kirchen... ihre Angelegenheiten autonom zu ordnen, muß ebenso unantastbar bleiben wie ihre Freiheit, sie in der Gesellschaft zu

verwirklichen. Wir anerkennen die vorbildlichen Leistungen der Kirchen im praktischen Dienst am Nächsten und werden ihren Fortbestand sichern.“

Angesichts mancher besorgniserregender Entwicklungen und Verunsicherungen der jüngsten Zeit erwartet der Vorstand des EAK-Baden zu dieser Frage eine entsprechende eindeutige Erklärung der verantwortlichen Führungsgremien von CDU und CSU.

Christen in Namibia

Kurt Kirschner

Pfarrer Kurt Kirschner aus Hamburg war von 1971 bis 1977 Landespropst der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche Südwestafrikas. Sein Nachfolger im Amt wurde Landespropst Kauffenstein, den Lesern der Evangelischen Verantwortung von mehreren Beiträgen in der EV her bekannt.

Im folgenden Beitrag äußert sich **Pfarrer Kurt Kirschner** zur Frage der Zusammenarbeit von Schwarzen und Weißen.

Es gab Zeiten, in denen die Frage der kirchlichen Vereinigung in Südwestafrika (SWA)/Namibia noch Schlagzeilen machte. Gespannt und mißtrauisch wartete man, ob die weiße, die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche (DELK), der aus zwei schwarzen Kirchen bestehenden Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen Südwestafrikas (VELKSWA) beitreten würde. Kritisch wurde beobachtet, ob sie nicht Vorbehalte oder Bedingungen einbringen würde, um weiße Vorrechte abzusichern. Aber das ist schon lange her. Schon seit Jahren hört man nichts mehr.

Der im März 1972 gegründeten Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in SWA konnte die weiße Kirche nicht sofort beitreten. Ihre Gemeinden waren auf einen größeren kirchlichen Zusammenschluß noch nicht genügend vorbereitet und mit dessen Sinn und Notwendigkeit nicht hinreichend vertraut gemacht worden. Die Synode der DELK beschloß daher im September 1972, die kirchliche Einheit zwar anzustreben, zunächst

aber noch gründliche Aufklärungsarbeit in den Gemeinden zu leisten.

Diese Haltung der DELK brachte ihr damals heftigste Kritik ein. Sie wurde besonders in kirchlichen Presseorganen zur Eile gemahnt; ihr wurde unterstellt, sie sei eine rassistische Kirche, der an einer Zusammenarbeit von Schwarz und Weiß nicht gelegen sei. Eine vom Lutherischen Weltbund veranstaltete Namibia-Konsultation in Wuppertal vom März 1975 verstieg sich in Abwesenheit der Vertreter der DELK, die als einzige Kirche nicht eingeladen war, zu der Feststellung: „Die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche wird dem repressiven südafrikanischen System gleichgestellt.“ Auch wurde sie als eine Herrschaftskirche bezeichnet, die lediglich die Vormachtstellung der Weißen zu erhalten suche.

Wie hatte die DELK unter solchen Anfeindungen gelitten! Aber wenn sie es wagte, auf ihre Bemühungen und Erfolge im Ausbau schwarz-weißer Gemeinschaft hinzuweisen, so wurden ihre schüchternen Hinweise als pharisäische Selbstrechtfertigung abgewertet. Schwieg sie, so lastete auf ihr das Verdikt, einem repressiven System zu gleichen. Was sie auch tat, war falsch. Und dennoch tat sie etwas Einmaliges: Sie beeilte sich atemlos, durch die noch „offenen Türen“ zu einer kirchlichen Vereinigung zu kommen.

Drei Jahre später, am 20. April 1975, war es geschafft: Die Synode der DELK stellte den Antrag, in die

Gemeinschaft der schwarzen Kirchen aufgenommen zu werden. Bedingungslos nahm sie die Verfassung der VELKSWA an. Diese Verfassung war sogar kurz vorher noch, ohne daß man der DELK davon Mitteilung gemacht hätte, geändert worden. Erst eine halbe Stunde vor der Abstimmung erfuhr die Synodalen der DELK durch mündliche Mitteilung, daß die Verfassung den Zusatz erhalten habe, nicht nur eine Vereinigte, sondern eine Einheitskirche anzustreben. Aber die Synode war nicht mehr zu irritieren, weder zu unterfordern, noch zu überfordern; sie beschloß die Vereinigung mit den schwarzen Schwesterkirchen ohne Vorbehalte.

Was geschah danach? Nichts! Zunächst brauchte die VELKSWA zwei volle Jahre, um nach zahlreichen Erinnerungen und Bitten den Antrag der DELK zu bearbeiten. Am 21. April 1977 wurde der DELK mitgeteilt, sie sei als Mitglied aufgenommen; die Kirchenleitung der VELKSWA habe es so beschlossen. Ist die DELK nun Mitglied? Eine Bestätigung durch die Synode der VELKSWA liegt bis heute noch nicht vor, denn sie ist in vier Jahren noch nicht ein einziges Mal zusammengetreten, um die entsprechenden Verfassungsänderungen, zumindest die Erhöhung der Mitgliederzahl auf drei, durchzubringen. Nicht die allergeringste Initiative ging von den schwarzen Kirchen aus. Das ist auch heute noch so. Landespropst Kauffenstein, der jetzige Leiter der DELK, schreibt im Juli 1979 an seine Gemeinden über den Präses

der VELKSWA Dr. L. de Vries, „daß augenblicklich keine Initiativen zur Verstärkung der Zusammenarbeit innerhalb der VELKSWA von ihm als Präsidenten ausgehen“.

Wer tiefere Kenntnis von der Problematik einer kirchlichen Vereinigung in SWA besitzt, weiß sehr wohl, warum sie auf das Abstellgleis geschoben wurde: Die DELK zeigte zwar Entgegenkommen, Nachgiebigkeit, Verständnis und absoluten Willen zum Ausgleich in allen kirchlichen Belangen, ließ sich aber nicht auf eine politische Indoktrination ein. Gewiß hatte die kirchliche Vereinigung auch gesellschaftspolitische, ja sogar politische Folgen gehabt, die zur Abkehr der Deutschen von der Politik der Apartheid, zur Loslösung von der Nationalen Partei und zu einer progressiven und neuartigen Weise der Zusammenarbeit von Schwarz und Weiß auch auf politischer Ebene führten. Aber das alles war (ge-

wünschte) Wirkung, nicht Ursache oder Absicht. Darum blieb auch der Kirche politisches Taktieren und Manövrieren erspart. Ob politische Parteinahme für die prokommunistische „Befreiungsbewegung“ SWAPO innerhalb der VELKSWA oder vorsichtige Distanzierung je nach politischem Kalkül, ob zu beachtende UNO-Beschlüsse oder südafrikanische Politik: All das konnten ihre Mitglieder in Freiheit verarbeiten, ohne kirchlicherseits bevormundet zu werden. Gewiß hatte sich die VELKSWA in mancher Hinsicht neben einem kirchlichen Partner obendrein noch einen politischen Bundesgenossen gewünscht. Diesem Wunsch mußte die DELK widerstehen: Bekenntnis und Auftrag der Kirche Jesu Christi gebieten es. Leider zeigte die VELKSWA nun kein Interesse mehr an einer kirchlichen Zusammenarbeit. Sie schob sich selbst aufs Abstellgleis.

Ist die kirchliche Gemeinschaft nun begraben? Keineswegs. Gerade in der jetzt so schwierig gewordenen und oft undurchschaubaren Situation muß die Gemeinschaft von Schwarz und Weiß zu neuem Leben erweckt und bewußt gefördert werden. Vielleicht gelingt es, die VELKSWA vom Abstellgleis zu holen. So schreibt darum Landespropst Kauffenstein: „Dennoch möchte ich alle Gemeinden ermuntern, fortzufahren mit regelmäßigem Kanzeltausch, vielleicht auch Jungentreffen und anderen gegenseitigen Einladungen. Wo noch keine ‚Driehoek‘-Arbeit besteht, bitte ich herzlich zu prüfen, ob diese Einrichtung nicht hilfreich wäre zum Aufbau eines verantwortlichen Miteinanders und Füreinanders.“ Das alles wurde schon vor Jahren praktiziert. Warum nicht wieder neu beginnen? Wieder einmal sollten die Weißen die Initiative ergreifen.

Luthers Zweireichelehre heute

Die Evangelische Verantwortung hatte in Heft 11/78 über die Veranstaltung des EAK in Boxberg/Baden berichtet; dort hatte Pfarrer Heinz Raulf (Bobstadt) Kritik an der Zweireichelehre von Professor Künneth geäußert.

EV-Leser Martin Winkler aus 3030 Walsrode-Hamwiede hat uns mit der Bitte um Abdruck nachstehend noch einmal zur Verdeutlichung für unsere Leser die wichtigsten Gedanken von Prof. D. Dr. Walter Künneth zu Luthers Zweireichelehre übersandt.

Künneth faßt seine Positionen in folgenden zehn Thesen zusammen:

1. Angesichts der politisch-ethischen Wirrnis der Gegenwart stehen wir vor der elementaren Frage nach dem Standort einer christlichen Ethik des Politischen. Die Antwort darauf gibt die „Zweireichelehre“, die trotz des Großangriffs Karl Barths und seiner Anhänger gerade heute einen unüberhörbaren Gültigkeitsanspruch erhebt.

2. Da es sich bei dieser Lehre nicht um eine Privattheologie Luthers, sondern um die sachgemäße Bezeugung der biblischen

Wahrheit handelt, muß ihr Anliegen als unaufgebar bezeichnet werden. Ihr Ausgangspunkt liegt in dem geschichtstheologischen Denken der Bibel, so daß sie zutiefst nur im Licht dieses Horizonts verstanden werden kann.

3. Die politisch-ethischen Reflexionen der Zweireichelehre kulminieren in der Zentralfrage nach der Art und Weise der Weltregierung Gottes. Die fundamentale Erkenntnis wird in der Unterscheidung zwischen Gesetz und Evangelium, zwischen Weltreich (weltliches Regiment) und Gottes Reich (geistliches Regiment) zusammengefaßt. Gott übt sein Weltregiment aus durch politische Ämter, Gesetze, Ordnungen, Zwang und Gewalt, gleichsam „mit der linken Hand“, um das Leben der einzelnen sowie der menschlichen Gesellschaft zu ermöglichen, zu erhalten und zu schützen. Das eigentliche Werk Gottes aber enthüllt sich im „geistlichen Regiment“, in der Gemeinde Jesu, die durch Wort und Sakrament, Vergebung, Glaube und Liebe geprägt ist.

4. Im Gegensatz zu Mißverständnissen und Fehlurteilen, die der

Zweireichelehre eigengesetzliche Autonomie und doppelte Moral vorwerfen, geht es in ihr stets um die Amtsausübung in Verantwortung vor Gott und um ihre Sinnbestimmung als Dienstleistung im Namen Gottes, letztlich um einen Vollzug des Liebesgebotes, gleichviel ob der Christ „öffentlich“ oder „privat“ handelt.

5. Im Aspekt dieser Unterscheidung und Zuordnung der beiden Regimente Gottes wird die ethisch-theonome Legitimation aller „obrigkeitlichen“ Funktionen deutlich, die als „gute Ordnungen Gottes“ qualifiziert werden, die auch dann, wenn sie Gewalt üben müssen, dem Recht, der Sicherheit des Nächsten und dem Frieden dienen sollen. Im Kontrast zu einem ideologischen Moralismus wird auch einer „heidnischen“ Obrigkeit die Möglichkeit einer ordnungsgemäßen Amtsführung zuerkannt, obwohl gerade Christen in ihrer politischen Aufgabe sich spezifisch als „Amtsleute Gottes“ begreifen müßten.

6. Die Zweireichelehre befindet sich heute in harter Konfrontation mit der politisch-ethischen Grundkonzeption unserer Zeitperiode.

Charakteristisch erscheint, daß der Abbau der Zweireichelehre der ideologischen Verfälschung des Politischen den Weg bereitet hat. Wir haben es heute mit einer totalen Umkehrung dieser lutherischen Bekenntnisaussage zu tun, so daß es im Bereich der politischen Ethik zu einer Verworrenheit in der theologisch-ethischen Urteilsbildung, zu einem Orientierungsverlust ohnegleichen gekommen ist. Andererseits erschließt sich von dieser Einsicht aus die neue Möglichkeit einer sachgemäßen Diagnose des politisch-ethischen Krankheitszustandes der Gegenwart. Die Auflösung des universalen Theozentrismus der Zweireichelehre muß im Raum des Politischen zu einer Vorherrschaft der illusionären Zeitgeistideologien führen.

7. Demgegenüber gilt es, ein prinzipielles „Ja“ zum politischen „Ordnungsgefüge“ als dem Damm gegen alle Erscheinungen eines geheimen oder offenkundigen Anar-

chismus zu sprechen. Solche „Erhaltungsordnungen“ (Staat, Recht, Ehe, Familie, Arbeit) markieren den Rettungswillen Gottes zur Bewahrung vor anarchistischer Zerstörung und zur Bändigung des Chaos. Daher gibt es keine Ordnung ohne Macht und Autorität, welche die menschliche Existenz erst ermöglichen.

8. Die Vermischung der zwei Regimente wird von Luther aufschärfste bekämpft, da sie das Gesetz zum Evangelium erhebt und das Evangelium zum Gesetz verfälscht, wodurch beide Reiche in ihrem Wesen und Auftrag verdorben werden. Die heutigen theologisch-kirchlichen Politisierungstendenzen dokumentieren daher die radikale Perversion der Zweireichelehre (das Mißverständnis des politisch-sozialen Aktivismus in Ermessensfragen der Tages- und Weltpolitik, der Genfer Ökumenismus).

9. Einen wichtigen Grenzfall stellt in der Sicht der Zweireichelehre das

Problem eines Widerstandsrechtes dar. Die gegen Luthers Lehre erhobene Anklage auf Staatshörigkeit und „Kadavergehorsam“ verkehrt Luthers Intention in ihr Gegenteil. Politische Gewalt hat vielmehr ihre Grenze durch Gottes Erhaltungswillen, der Machtmißbrauch verbietet. Jede Tyrannis wird von Luther schonungslos gebrandmarkt. Im Rahmen einer Rechtsstaatlichkeit kann und muß einer Ordnungsbedrohung widerstanden werden. Jedoch ist jede Revolution als gewaltsamer Umsturz im Namen Gottes ausgeschlossen. Denkbar ist nur, daß einzelne Christen und nicht die Kirche in extremer Notsituation einen revolutionären Widerstand wagen, der aber nicht „christlich“ gerechtfertigt werden darf.

10. Es geht um die Rehabilitierung des Gültigkeitsanspruchs der Zweireichelehre, der in der Ratlosigkeit und Irreführung unserer Zeit eine politisch-ethische Kompäßqualität zukommt.

Wort zum Frieden

Aus Anlaß des 40. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges haben der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland ein „Wort zum Frieden“ verfaßt. Die Erklärung ist von den Bischöfen D. Albrecht Schönherr (Berlin) für die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR und Professor D. Eduard Lohse (Hannover) für den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland unterzeichnet.

Bei dem „Wort zum Frieden“ handelt es sich um die erste gemeinsame Erklärung des Kirchenbundes und der EKD seit Gründung des Kirchenbundes im Jahr 1969. Der Rat der EKD sieht in dieser Erklärung einen Ausdruck der „besonderen Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland“, die in Artikel 4,4 der Ordnung des Kirchenbundes festgehalten ist, und die auch von der EKD bejaht wird. Mit diesem Wort zum Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 40 Jahren wollen sich die evangelischen Kirchen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) „an der Nahtstelle zweier Weltssysteme“ gemeinsam zu ihrer besonderen Verantwortung für den Frieden bekennen.

„Vor vierzig Jahren, am 1. September 1939, begann der Zweite Weltkrieg. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland rufen aus diesem Anlaß dazu auf, das Geschehen dieses Krieges, seine Wirkungen und Folgen zu bedenken und sich der Aufgaben bewußt zu werden, vor denen wir heute stehen. In unterschiedliche politische, wirtschaftliche und militärische Weltssysteme hineingestellt, nehmen die evangelischen Kirchen in den beiden deutschen Staaten den Auftrag, das Evangelium je in ihren Verantwortungsreich hinein auszurichten, eigenständig wahr. Gemeinsam sprechen sie heute im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Betroffenheit und Schuld. An der Nahtstelle zweier Weltssysteme bekennen sie sich gemeinsam zu ihrer besonderen Verantwortung für den Frieden.

Erinnern wir uns: Durch den deutschen Angriff auf den polnischen Staat im September 1939 wurde ein Krieg ausgelöst, der

nahezu alle europäischen Staaten ergriff. Die ideologischen Triebkräfte dieses Krieges und der Wahn rassistischer Überlegenheit ließen für Verständigungs- und Friedensinitiativen keinen Raum. Zug um Zug wurden schließlich fast alle Völker und Staaten der Welt in einen neuen Krieg hineingerissen. In ihm geschahen Kriegsverbrechen und die Vernichtung des europäischen Judentums durch Menschen unseres Volkes. Der totale Krieg führte zu einer Radikalisierung über alles bisher gekannte Maß. Zuletzt triumphierte die totale Vernichtungswaffe.

Der Zweite Weltkrieg gehört nicht der Vergangenheit an. Kinder und Eltern, Verwandte und Freunde haben um viele Millionen Tote getrauert. Unzählige Menschen tragen weiter an den Leiden dieses Krieges. Die Narben schmerzen noch heute. Der Krieg hat tiefgreifende Gegensätze zwischen Völkern hinterlassen, politische Spannungen und Mißtrauen. Er verstärkte aber auch das Verlangen nach einer poli-

tischen Ordnung, die den Frieden weltweit beständiger machen kann.

Die deutsche Verantwortung für die Auslösung des Zweiten Weltkrieges liegt offen zutage. Die Frage nach der Schuld zwingt uns dazu, auch nach unserem eigenen Anteil an ihr und unserer Verstrickungen zu fragen. Die Stuttgarter Schulderklärung der evangelischen Kirche wollte auch dazu helfen, die Folgen dieses Krieges anzunehmen und einen neuen Anfang zu machen. Solche Annahme verlangte ein tiefes und schmerzhaftes Umdenken, Überwindung und Opfer.

Die Stuttgarter Erklärung eröffnete den Weg zur Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung, die sich seit ihrer Gründung als ein Instrument des Friedens verstanden hat. Durch die Erfahrungen zweier Weltkriege wird die ökumenische Gemeinschaft dringender als je zu den Aufgaben kirchlicher Weltverantwortung und christlichen Friedensdienstes herausgefordert. In der ökumenischen Gemeinschaft und mit ihr können heute über weltpolitische Gegensätze hinweg Brücken der Verständigung geschlagen werden. Das ist eine große Chance, Vertrauen zu bilden und wirksam werden zu lassen, die wir als Kirchen in den beiden deutschen Staaten entschlossen nutzen wollen.

Auf mehr als dreißig Jahre Frieden in Europa blicken wir zurück. Wir wissen aber, wie zerbrechlich der Frieden ist. 1945 haben Unzählige geschworen: Nie wieder Krieg! Heute muß dieser Ruf bekräftigt werden, nicht nur mit leidenschaftlichem Herzen, auch mit besonnenem Verstand. Die Arbeit für eine Friedensordnung, die Vertrauen wachsen läßt und den Völkern Sicherheit gewährt, in der Konflikte zwischen den Staaten ohne militärische Drohung und ohne Anwendung von Gewalt ausgetragen werden, erfordert Nüchternheit, Geduld und Mut. Den Christen und Kirchen in den beiden deutschen Staaten ist es besonders aufgetragen, an der Vertiefung der Entspannungspolitik mitzuarbeiten, für die die Schlußakte von Helsinki ein Zeichen der Hoffnung ist.

Wir wissen: Lange bevor ein Krieg ausbricht, hat er in den Gedanken und Herzen der Menschen schon begonnen. Mißtrauen und Angst und das Gefühl der Bedrohung löschen alle anderen Hoffnungen aus. Darum haben wir jetzt für eine konsequente Erziehung zum Frieden zu sorgen.

Diese Erziehung wird sich darauf richten müssen, dem Gefühl der Ohnmacht entgegenzuwirken und zur friedlichen Lösung von Konflikten zu befähigen, im persönli-

chen Bereich ebenso wie im Umgang der Staaten miteinander. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges haben das Sicherheitsstreben der Völker verstärkt. Der gegenwärtige Rüstungswettlauf verschlingt unvorstellbare Energien und Mittel. Ständige Ermutigung brauchen die Politiker, die in zähen Verhandlungen darum ringen, diese Entwicklung zu bremsen. Dazu gehört unser aller Bereitschaft, eigene Interessen in das Interesse des Friedens für alle Völker einzuordnen und den eigenen Reichtum mehr und mehr für den gerechten Ausgleich zwischen den Völkern einzusetzen.

Christus ist unser Friede. Friede mit Gott und Frieden auf Erden sind nicht dasselbe. In der Gewißheit des Friedens, den Gott selbst verheißen hat, und der mit seiner Herrschaft auf uns zukommt, sind wir gewarnt vor Illusionen und falschem Optimismus in unserem Handeln. Noch mehr aber verbietet uns diese Gewißheit jede Gleichgültigkeit angesichts der Gefährdung unserer Welt.

Laßt uns für den Frieden in der Welt denken, arbeiten und beten!

Laßt uns für alle Taten des Friedens danken!

Laßt uns danken für den Frieden mit Gott, den wir heute durch den Glauben an Christus haben."

Dokumentation – siehe auch Leitartikel

Marxistisches Regime in Äthiopien setzt Christenverfolgung fort

Text des EAK-Telegramms an die Botschaft Äthiopiens am 3. 8. 1979

„Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat mit großer Bestürzung von der erneuten Verhaftung des Generalsekretärs der Mekane-Yesus-Kirche, Pastor Gudina Tumsa in Addis Abeba durch die Militärregierung ihres Landes erfahren.

Pastor Tumsa ist sowohl in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus in der Weltchristenheit als ein Mann untadeliger Gesinnung bekannt, der sich der Verkündigung des Evangeliums in be-

sonderer Weise verpflichtet weiß. Wir fordern daher Ihre Regierung auf, die unverzügliche Freilassung von Pastor Tumsa zu verfügen und Verfolgung und Unterdrückung der Christen in Äthiopien einzustellen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat zugleich den Generalsekretär des Weltkirchenrates in Genf, Dr. Philip Potter gebeten, sich mit internationalem Nachdruck gegen die Verhaftung von Pastor Tumsa auszusprechen – seine Freilassung zu fordern und die fortwährende Verletzung der Menschenrechte in Äthiopien öffentlich zu verurteilen.“

Die Antwort der äthiopischen Botschaft vom 6. 8. 1979 – nachfolgend abgedruckt – geht auf die Verhaftung nicht ein. Sie reagiert nicht auf die gestellte Forderung nach Freilassung von Pastor Tumsa sondern verleumdet u. a. das Evangelische Missionswerk in Berlin.

„Mit Bestürzung empfangen wir Ihr heutiges Telegramm, in dem Sie behaupten, daß es Verfolgung und Unterdrückung der Christen in Äthiopien gäbe. Entschieden weisen wir solche falschen Beschuldigungen zurück. Es gibt keine Verfolgung und Unterdrückung der Christen in Äthiopien. die äthio-

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. D. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. D. Dr. Wilheli Hahn, MdL; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, Md • Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn • Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

phische orthodoxe Kirche, die katholische Kirche sowie der Weltkirchenrat haben dazu öffentlich Stellung genommen und demtrotz.

Trotzdem werden solche falschen Beschuldigungen weiter in der Bundesrepublik Deutschland verbreitet, weil eine Gruppe, wie z. B. Mitglieder der evangelischen Missionswerke, Berlin, Beziehungen mit separatistischen Kräften in Äthiopien pflegen und die Presse und wohlmeinende Kreise hier in der Bundesrepublik Deutschland infiltrierten und falsch informierten.

Wenn irgendein Christ wegen eines Vergehens verhaftet wird, wie sie nun von des Pastor's Verhaftung zu wissen behaupten, das kann doch nicht als eine Christenverfolgung und Unterdrückung der Christen betrachtet werden.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß es anti-äthiopische Individuen und Gruppen hier in der Bundes-

republik Deutschland gibt, die Lügen und unwahre Informationen verbreiten und die öffentliche Meinung irreleiten. Wir hoffen, daß Sie ihre gute Absicht nicht zum 'Protestwerkzeug' von solchen anti-äthiopischen Individuen und Gruppen machen werden."

Das von seiten des EAK gemachte Gesprächsangebot an den äthiopischen Botschafter, zu einem Meinungsaustausch außerhalb der Botschaft zusammenzutreffen, wurde durch den Botschafter persönlich abgelehnt.

Wegen der Dringlichkeit sandte der EAK zugleich folgendes Telegramm am 3. 8. 1979 an den Generalsekretär des Weltkirchenrates, Dr. Philip Potter nach Genf.

"Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat mit großer Bestürzung die erneute Verhaftung des Generalsekretärs der Mekane-Yesus-Kirche, Pastor Gudina Tumsa in Addis Abeba durch die Mili-

tärregierung Äthiopiens erfahren. Wir haben daher heute in einem entsprechenden Fernschreiben die Botschaft Äthiopiens in der Bundesrepublik Deutschland (Brentanostraße 1, 5300 Bonn 2) gebeten, die unverzügliche Freilassung Pastor Tumsas zu veranlassen. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie unsere Aktivität unterstützen und mit internationalem Nachdruck die Verhaftung von Pastor Tumsa verurteilen. Unseres Erachtens ist es auch an der Zeit, weltweit auf die fortwährende Verletzung der Menschenrechte sowie auf die Verfolgung und Unterdrückung der Christen in Äthiopien verstärkt hinzuweisen."

Bis zur Drucklegung der Evangelischen Verantwortung am 3. 9. 1979 war von Dr. Philip Potter keinerlei Reaktion auf das EAK-Telegramm vom 3. 8. 1979 erfolgt.

Kurz notiert

Apartheid in Namibia abgeschafft

Windhuk: Im Juli ist in der südwestafrikanischen Hauptstadt Wind-

huk ein Gesetz zur Abschaffung der Apartheid vom südafrikanischen Generaladministrator bekanntgegeben worden. Das Gesetz schreibt bei Fällen von Rassendiskriminierung in Namibia/Südwestafrika Geldstrafen in Höhe von ungerech-

net fast 700,- DM oder 3 Monate Haft vor. Im Gesetz werden den Schwarzen gleichberechtigter Zutritt zu öffentlichen Einrichtungen und gleiche Rechte bei Besitzwerb und auf dem Arbeitssektor garantiert.

Leser-Brief

Die hier geäußerte Meinung braucht nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Betr.: K. A. Odin:
„Kirche, Presse, Publikum“
(siehe EV 7/79, Seite 10)

Das Thema von K. A. Odin ist für die Kirche außerordentlich wesentlich, weil

ihr Wort und ihre Wirkung in die Gesellschaft dringen müssen. Heute mehr denn je! Die Gedanken Odins geben der Kirche Anreize, sich der Presse zu bedienen, die für diese Aufgabe ein geeignetes Medium ist.

Dazu muß noch weiter gesagt werden: je mehr die Sozialgruppen unserer Gesellschaft ihren eigentlichen Auftrag nicht sehen oder ihn vernachlässigen, um so mehr sollte die Kirche in der Auseinandersetzung mit dem Marxismus/Leninismus, sprich Atheismus, ihr „Profil“ zeigen. Sie wird – ob sie will oder nicht will – um dieses Gespräch nicht herumkommen, auch nicht – und

vor allen Dingen nicht – mit der jungen Generation, die gerade jetzt in dieser Frage nach einer Lösung sucht. Die „Soziale Frage“ ist, wie mir scheint, bisher durch „Wohlfahrt für alle“ zwar drängender geworden, jedoch nicht gelöst. Ob die Kirche sie anpacken wird? – Daher erklärt sich wahrscheinlich auch mit der großen Zustimmung zu den Aussagen der Kirche, ob das Presse, Gottesdienste oder Kirchentage sein mögen. In dieser Frage sollte man der Kirche zuzurufen: „Mehr Mut zum Profil!“

Dr. F. K. Torges
Ibbenbürener Straße 21
4535 Westerkappeln